



Fast fertig: In der ehemaligen Fabrik des Solarmodulherstellers Solarworld nutzt der Nachfolger Meyer-Burger vorhandene Anlagen, um Fotovoltaik-Technik mit mehr Leistung herzustellen. Nächsten Monat soll das Werk erneut eröffnet werden.

Fotos: dpa/Arvid Müller



# Warum nach der Solarworld-Pleite in Freiberg wieder Solarjobs entstehen

## Im Mai eröffnet Meyer-Burger die Produktion. Wieder ist von Tausenden Stellen die Rede.

VON GEORG MOERITZ

Auf dem Hemdrücken haben sie noch das alte Firmenlogo: Die Männer, die in der Freiburger Werkhalle Anlagen für die Solarmodul-Produktion zurechtbringen, tragen neben dem Schriftzug Meyer-Burger einen gestrichelten Kreis. Doch das Unternehmen Meyer-Burger ändert gerade seine Produktion radikal und hat sich von einer Werbeagentur ein neues gezacktes Logo entwerfen lassen. Auf Fahnen vor der Fabrikhalle ist es schon zu sehen. Daneben lässt sich an der Hallenwand auch noch das Logo des früheren Besitzers Solarworld erkennen. Der ging pleite, mehr als 2.000 Arbeitsplätze in der Freiburger Fotovoltaik-Industrie fielen vor einigen Jahren weg.

Trotz der Erfahrungen mit dem raschen Niedergang einer Hoffungsbranche haben sich 1.600 Menschen beim neuen Hoffnungsträger Meyer-Burger beworben. Der Schweizer Konzern hat zunächst den sächsischen Maschinenbauer Roth & Rau erworben und nun beschlossen, künftig die eigenen Maschinen selbst zur Produktion von Solartechnik zu nutzen. Der Maschinenbauer und -exporteur wird zum Fabrikanten von Endprodukten. Geschäftsführer Gunter Erfurt, früher schon ein Geschäftsführer im Solarworld-Konzern, verspricht bis zu 3.500 Arbeitsplätze im Jahr 2027 – wenn sich genügend Kapitalgeber finden. Zunächst beginnt die Produktion mit gut 300 Beschäftigten.

Etwas mehr als die Hälfte von ihnen werden in Freiberg Solarmodule hergestellt. Der andere Teil der Belegschaft stellt in

Thalheim bei Bitterfeld die Bestandteile dafür her, die Solarzellen. Solche Zellen zum Wandeln von Licht in Strom kommen sonst fast nur noch aus China. Sachsens Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) und sein Staatssekretär Gerd Lippold freuten sich am Mittwoch beim Werksbesuch über die Wiederbelebung der Industrie.

Lippold sagte, Europa brauche wieder „Zugriff auf die Basistechnologie“. Asien habe früh begriffen, dass die Solarprodukte „eine Schlüsseltechnologie“ seien. Laut Minister Günther sind „Solar und Windkraft in Sachsen die Hauptpfeiler, die künftig die Energieversorgung abdecken müssen“.

In vier bis fünf Wochen soll die Produktion mit Prominenz eröffnet werden, wenn die Corona-Lage es erlaubt. Der Staat zahlt erneut Zuschüsse. „Der Freistaat ist Teil der Finanzierung“, sagte Günther. Sachsen-Anhalt hat laut Geschäftsführer Erfurt 7,5 Millionen Euro Wirtschaftsförderung bewilligt, zudem habe sich das Unternehmen für 15 Millionen Euro Umweltbeihilfe qualifiziert. Doch entscheidend für den Erfolg ist, dass sich Kunden finden.

Darin sieht Erfurt keine Schwierigkeit. Der Markt sei „groß genug für uns alle zusammen“, sagt er auf die Frage zur Konkurrenz mit den verbliebenen sächsischen Herstellern Solarwelt in Dresden und Hecker in Chemnitz. Mit deren Chefs treffe er sich gelegentlich und bespreche, wie sich das Solargeschäft voranbringen lasse.

Erfurts wichtigstes Argument: Die Solarmodule von Meyer-Burger erzeugten auf der gleichen Fläche 20 Prozent mehr Strom als „derzeitige Standardmodule“. Zwar

spricht auch Solarwelt in Dresden vom „Premium“-Segment, ist stolz auf das schicke Schwarz statt Blau der Solarmodule und baut ebenfalls gerade seine Produktion aus. Doch die Technik von Meyer-Burger hat laut Chef den höchsten Wirkungsgrad von mehr als 24 Prozent Stromausbeute. Üblich im Markt seien 22,5. „Wenn ich mehr leiste, kann ich einen höheren Preis verlangen“, sagt Geschäftsführer Erfurt. Meyer-Burger setzt zunächst auf das lukrative Geschäft mit Hausbesitzern, die ihr Dach zur Stromquelle machen wollen. Erst später sollen große Solarkraftwerke folgen.

Im ersten Schritt sollen die eigenen Fabriken Solartechnik mit einer Leistung von 400 Megawatt pro Jahr liefern. Das sei ein Promille vom Gesamtmarkt, sagte Erfurt. Auf ein Gigawatt lasse sich die Produktion in der vorhandenen Halle ausbauen. Das Geld für die Investition von 145 Millionen Euro hat er zusammen. Bis 2027 soll die Kapazität möglichst auf sieben Gigawatt wachsen. Freie Solarworld-Hallen in Freiberg gibt es laut Meyer-Burger-Sprecherin Anne Schneider nicht mehr, inzwischen seien alle neu vermietet. Staatssekretär Lippold ist „gespannt, wo die künftigen Gigafabs stehen werden“ und will einiges dafür tun, sie in Sachsen anzusiedeln. Erfurt verspricht, keine Maschinen mehr ins Billigproduktionsland China zu liefern, sodass der Technologievorsprung in Europa bleibt. Im Maschinenbau in Hohenstein-Ernstthal seien deshalb 30 Stellen gestrichen worden. Doch Meyer-Burger beschäftige dort trotzdem mehr als 400 Menschen, auch in Finanz- und Personalabteilung.

# Firmen könnten Beziehungen ins Ausland kappen

Standpunkt

Mit dem Lieferkettengesetz, das heute im Bundestag verhandelt wird, kommen neue Pflichten auf Firmen zu. Was die sächsische Wirtschaft davon hält, sagt IHK-Dresden-Präsident Andreas Sperl.



Andreas Sperl ist Präsident der IHK Dresden und Geschäftsführer der Elbe Flugzeugwerke GmbH. Foto: M. Rietschel

VON ANDREAS SPERL

Wir befassen uns seit geraumer Zeit mit dem Lieferkettengesetz und konnten ein umfassendes Stimmungsbild der regional betroffenen Unternehmenswelt einholen. Unter anderem wurden nach Bekanntwerden des Entwurfs gezielte über 100 Betriebe befragt. Grundsätzlich erachten die meisten davon, genau wie die IHK selbst, eine Überprüfung der globalen Lieferketten für richtig, üben aber Kritik an der geplanten Art und Weise der Umsetzung.

Das beginnt mit der Frage, warum das Gesetz keine geografische Eingrenzung vorsieht. Mithin erstrecken sich die Sorgfalts- und Kontrollpflichten auch auf deutsche und europäische Vertragspartner, die staatlicherseits ohnehin auf die Einhaltung von Menschenrechten verpflichtet sind und entsprechend kontrolliert werden. Es ist absurd, diese Zulieferer parallel zu allen öffentlichen Kontrollinstanzen durch ihre privatwirtschaftlichen Vertragspartner doppelt zu kontrollieren.

Des Weiteren sollten sich die zu kontrollierenden Risiken tatsächlich auf Menschenrechte beschränken, was die Intention einer solchen Regelung war. Der Gesetzentwurf geht allerdings deutlich darüber hinaus und nennt diverse weitere Positionen, vom „angemessenen Lebensstandard“ über das „Recht auf Gewerkschaftsvereinigung“ bis zum „angemessenen Lohn“.

Vorerst soll das Gesetz nur für Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten gelten, von 2024 an dann ab 1.000 Beschäftigte. In Sachsen betrafte das eine mittlere bis hohe zweistellige Anzahl an Firmen, was im Vergleich zur Gesamtzahl der sächsischen Betriebe eine geringe Betroffenheit suggeriert. Da das Gesetz aber darauf abzielt, Risikoanalysen, Kontrollmechanismen,

Beschwerdestellen und Abhilfemaßnahmen entlang der gesamten Lieferkette zu organisieren und zu überwachen, wird es in der Praxis nicht bei der genannten Zahl bleiben. Im Gegenteil ist zu erwarten, dass Großunternehmen die Bürokratieaufwendungen und -kosten des Gesetzes direkt an ihre kleinen und mittleren Zulieferer auch schon im Inland weiterreichen. Deshalb fordern wir, dass ein solches Durchreichen von Pflichten im Gesetz ausgeschlossen wird. Die globale Einhaltung der Menschenrechte in Wirtschaftsprozessen ist eine Aufgabe, an der alle staatlichen und überstaatlichen Akteure seit Jahrzehnten mehr oder weniger scheitern. Und diese Aufgabe soll nun von mittelständischen und de facto auch kleinen Unternehmen gelöst werden?

Den Umfang der zu kontrollierenden Risiken regelt der Gesetzentwurf anhand von sogenannten Präventions- und Abhilfepflichtungen, die überaus umfangreich sind und von Grundsatzklärungen über die Einrichtung eines unternehmensinternen „Menschenrechtsbeauftragten“ und Schulungen bis hin zu risikobasierten Kontrollmaßnahmen reichen. Darüber hinaus werden Unternehmen verpflichtet, diese Präventionsmaßnahmen auch bei ihren unmittelbaren Zulieferern einzufordern und zu kontrollieren, selbst, wenn diese in Südamerika oder Südostasien ansässig sein sollten. Das Gesetz selbst spricht von durchschnittlich rund 170.000 Euro Einmalkosten und jährlichen Folgekosten von rund 70.000 Euro je Unternehmen. Unabhängig der Realitätsnähe dieser Zahlen erwarten wir, dass große Teile der Kosten an kleine und mittlere Unternehmen durchgereicht werden. Die jüngst eingeholten Unternehmensstimmen bestätigen uns in der Mehrheit, dass man unter Maßgabe des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs Geschäftsbeziehungen ins Ausland abbrechen würde.

## Kurzarbeit bei Daimler

Stuttgart. Angesichts weltweiter Lieferengpässe von wichtigen elektronischen Bauteilen schickt der Autobauer Daimler an vorerst mindestens zwei Standorten Tausende Mitarbeiter in die Kurzarbeit. Betroffen ist ein Großteil der Beschäftigten der Mercedes-Werke in Rastatt und Bremen. Daimler teilte mit, für die betroffenen Mitarbeiter an beiden Standorten sei Kurzarbeit jeweils von diesem Freitag an zunächst bis Ende nächster Woche beantragt worden. Im Bremer Werk sind etwa 12.000 Mitarbeiter beschäftigt, in Rastatt rund 6.500. (dpa)

Advertisement for Sächsische Zeitung featuring 'BEILAGENHINWEIS' and logos for Rülcker, KÜHNE, and MÖBEL GRAF.

## BÖRSE VOM 21. APRIL 2021

Table of international stock indices: Dow Jones (+0,77%), M-Dax (+0,02%), Nikkei 225 (-2,03%), CAC 40 (+0,74%), S&P UK (+0,52%), RTS Index (+0,60%), S&P TSX (+0,24%), Bovespa (-1,55%), Hang-Seng (-1,61%).



Table of DAX and M-DAX stock prices with columns for Dividende, 21.04., 20.04., % in %, and 52W-Hoch / Tief.

### WEITERE INDIZES

Table of various stock indices including Tec-Dax, Stoxx Europe 50, and M-DAX.

### OSTDEUTSCHE UNTERNEHMEN

Table of dividends and stock prices for companies in the eastern German region.

### EURO STOXX 50

Table of dividends and stock prices for the Euro Stoxx 50 index.

### SONSTIGE AKTIEN

Table of dividends and stock prices for various other companies.

\* = Preis vom Vortag oder letzter verfügbar. Aktien (in Euro) im DAX und M-Dax sind auf Xetra-Basis, die übrigen Aktienwerte sind Kurse der Präsenzbörse Frankfurt oder Zürich (in CHF). Div. = letzte bezahlte Dividende in der jeweiligen Landeswährung. ▲ = Neues 52-Wochen-Hoch/Tief (im Handelsverlauf). Sorten = Deutsche Bank. Edelmetalle = Degussa Goldhandel (Endkundenpreise). Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle: Infront